Venezuela: Außer Spesen nichts gewesen

„Es reicht mit den Befehlen aus Washington an Politiker in Venezuela“

Um Venezuela ist es ruhig geworden. Bedeutet das etwa, dass dort nun alles zum Besten für Trump steht und er das Land unter Kontrolle hat? Hat sich das Venezuela-Abenteuer bezahlt gemacht?



23. Februar 2026 · Rüdiger Rauls

Publikumsberuhigung

Aus Venezuela ist bisher wenig Erfolgreiches für die US-Regierung zu vermelden. Zwar finden Verhandlungen statt, und Vereinbarungen über Ölverkäufe wurden getroffen. Im Moment ist darüber hinaus wenig zu erkennen, was Trumps vorlaute Ankündigungen bewahrheitet, Venezuela von Washington aus selbst zu regieren. Im Gegenteil reagierte die amtierende Präsidentin Delcy Rodriguez auf die Einmischungsversuche aus Washington mit der Aufforderung, sich aus den inneren Angelegenheiten des südamerikanischen Landes herauszuhalten: „Es reicht mit den Befehlen aus Washington an Politiker in Venezuela“[1].
Das wiederum rief wenig später US-Außenminister Marco Rubio auf den Plan, der damit drohte, „Gewalt einzusetzen, um maximale Zusammenarbeit sicherzustellen, wenn andere Methoden scheitern“[2]. Seitdem aber hat man von Angriffen vonseiten der US-Regierung nichts

mehr gehört. Denn so leicht, wie sich es die MAGA-Theoretiker eingeredet hatten, scheint es nun doch nicht zu sein, von Washington aus einfach mal ein fremdes Land regieren zu können. Inzwischen sieht man sich wohl der bitteren Wahrheit gegenüber, dass man vorerst „keine Alternative zur Zusammenarbeit mit dem bestehenden Machtapparat habe."[3].
Vielleicht wollte Trump der Öffentlichkeit mal wieder einen Erfolg seiner Politik präsentieren, als er sich Mitte Januar noch „zufrieden mit der aktuellen Führung Venezuelas gezeigt"[4] hatte. Aber was bleibt ihm auch anderes übrig, als Schönfärberei zu betreiben und der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen? Man kann zwar von Washington aus Anweisungen erteilen, aber ob diese so umgesetzt werden wie gewünscht, kann schlecht überprüft, geschweige denn durchgesetzt werden, ohne mit Machtmitteln vor Ort zu sein. Da aber die USA in Venezuela selbst nicht über eine starke Machtposition verfügen, könnten das eigentlich nur amerikanische Bodentruppen gewährleisten.
Maria Machado jedenfalls, die von den westlichen Meinungsmachern als die überragende Siegerin der vergangenen Präsidentschaftswahlen herumgereicht worden war, gilt bei den amerikanischen Geheimdiensten „derzeit als nicht regierungsfähig"[5]. Ihr fehlen die Verbindungen zum Militär und zum Ölsektor. Jedenfalls scheint man sich in Washington darüber im Klaren zu sein, dass man auf die Kooperation vonseiten der venezolanischen Regierung angewiesen ist, will man nicht gezwungen sein, weitere militärische Schritte gegen Caracas zu unternehmen.
Diese aber dürften in den USA angesichts der ohnehin schon aufgeheizten Stimmung nur zu weiteren Protesten und Schwierigkeiten führen. Vermutlich versucht man deshalb, weitere Konflikte mit der Regierung Rodriguez zu vermeiden, wenn man sich auch in der Öffentlichkeit weiterhin kämpferisch gibt. Bei einer Senatsanhörung am 28. Januar musste Außenminister Rubio zugeben: „Wir sind nicht in der Lage, militärische Maßnahmen in Venezuela zu ergreifen."[6] Das sind jedenfalls andere Töne als die vollmundigen Drohungen gegenüber der venezolanischen Präsidentin. Da will man wohl in der amerikanischen Öffentlichkeit die Illusion von Stärke aufrecht erhalten.

Vorteil Venezuela

Aber auch wirtschaftlich droht das Venezuela-Abenteuer nicht zu jenem Erfolg zu werden, den Trump mit prahlerischen Worten in Aussicht gestellt hatte. Das gilt zumindest für die USA. Erinnert sei dabei an die Worte von US-Energieminister Chris Wright, „die Vereinigten Staaten würden nicht nur in Venezuela gelagertes Öl vermarkten, sondern auch den Verkauf der Ölproduktion des Landes auf unbestimmte Zeit kontrollieren."[7] Auch Trump hatte öffentlich in diese Kerbe gehauen, als er davon phantasierte, dass dank der Vermarktung des Öls durch die USA goldene Zeiten für beide Länder, die USA und Venezuela, anbrechen werden.[8]
Doch bisher hat das Venezuela-Abenteuer dem amerikanischen Steuerzahler nur Kosten verursacht. Abgesehen von den Opfern des amerikanischen Angriffs, drängt sich von außen fast der Eindruck auf, dass Venezuela zumindest wirtschaftlich mehr Vorteile aus der neuen Lage ziehen kann als Nachteile und vielleicht sogar auch mehr als die USA selbst: „Nachdem US-Präsident Donald Trump … einen Wiederaufbauplan im Umfang von 100 Milliarden Dollar vorgeschlagen hat"[9], hatte das venezolanische Parlament einer Öffnung des Ölsektors zugestimmt.
Diese stellt nicht nur eine Steigerung der Öl- und Gasproduktion sondern auch der Investitio-

nen in Aussicht, was von interessierten Investoren als gute Grundlage für positive Entscheidungen angesehen wird. Das kommt den Interessen Venezuelas entgegen. Denn von venezolanischer Seite bestand nie ein Interesse daran, Ausbau und Förderung der Erdöl-Produktion zu behindern. Es war weitgehend die Folge der amerikanischen und westlichen Sanktionen, die Caracas daran gehindert hatten, die notwendigen Investitionen vornehmen zu können. Finanzmittel waren blockiert und der Verkauf von Ersatzteilen an die venezolanische Ölindustrie durch Sanktionen beeinträchtigt.
Aber nicht nur dass die USA nun Sanktionen aufheben, sie schützen darüber hinaus sogar die Einnahmen aus dem Ölgeschäft. Aus rechtlichen Gründen werden die Verkäufe über ein Konto in Qatar abgewickelt, „um den Zugriff amerikanischer Gläubiger zu verhindern und rechtliche Risiken zu umgehen.“[10] Dabei hatte Trump doch vor nicht allzu langer Zeit noch vollmundig Entschädigungen für all jene angekündigt, die unter Chavez und Maduro enteignet worden waren. Nun entzieht die amerikanische Regierung selbst diese Einnahmen der eigenen Gerichtsbarkeit durch die Abwicklung über Qatar. Wunschträume und Realität passen nicht immer zusammen.
All das geschieht vermutlich nicht aus Liebe zur Regierung in Caracas. Es kann nur vermutet werden, dass man entweder mit der venezolanischen Regierung nicht so umspringen kann, wie man sich in den USA ausgemalt und verkündet hatte. Eine andere Erklärung ist, dass bei einer Beschlagnahmung der Einnahmen aus dem Ölgeschäft durch Gläubiger die Kosten des Venezuela-Abenteuers die amerikanische Staatskasse noch mehr belasten könnten als ohnehin schon. Wenn deren Forderungen bedient würden, würde der amerikanische Steuerzahler weitgehend leer ausgehen. Das Venezuela-Abenteuer wäre dann nur zum Vorteil der Gläubiger veranstaltet worden.

Nachteil USA

Bisher konnte aber aus dem Venezuela-Einsatz nicht der lauthals in Aussicht gestellte Gewinn für die USA gezogen werden. Jedenfalls wurde bis heute nur eine einzige Transaktion bekannt gegeben im Umfang von 500 Millionen Dollar. Dabei handelte es sich um Öl, das aufgrund von Sanktionen durch die USA blockiert oder kontrolliert wurde. Dazu gehörten auch die etwa 30 bis 50 Millionen Barrel auf den von den USA festgesetzten Tankern. Es scheint also außer jenem, das ohnehin schon unter amerikanischer Verfügungsgewalt stand, noch kein neu gefördertes Öl an die USA überstellt und von diesen verkauft worden zu sein. Dabei hatte doch der US-Energieminister die Kontrolle auch über die Förderung in Venezuela übernehmen wollen.
Dass Minister Wright bisher keine Erhöhung der Förderung hatte durchsetzen können, klingt nicht nach jener Erfolgsgeschichte, die Trump nach seinem Überfall auf Venezuela den Amerikanern und Venezolanern aufgetischt hatte. Auch die Ergebnisse dieser Verkäufe selbst entsprechen nicht seinen vollmundigen Erklärungen. Bisher wurden aus diesem einzigen Verkauf 500 Millionen Dollar erlöst. Von denen waren Ende Januar 300 Millionen an ein Konto in Qatar überwiesen worden. Dieser Betrag wurde venezolanischen Banken zur Verfügung gestellt, „um ihnen den Verkauf von Dollar an venezolanische Unternehmen zu ermöglichen, die Devisen zur Bezahlung von Materialien benötigen.“[11]
Angesichts der Milliarden für den Militäreinsatz ist bisher also wenig von den großen Ankündigungen Trumps für den amerikanischen Steuerzahler herausgekommen. Der Verkauf des venezolanischen Öls durch Washington scheint bisher für Caracas von Vorteil sein, weshalb

es auch bereitwillig auf diesem Gebiet mit den USA zusammen zu arbeiten scheint. Nach Rodriguez' Worten sollen die USA „mit der Freigabe eingefrorener venezolanischer Vermögenswerte begonnen."[12] haben. Auch von der Aufhebung weiterer Sanktionen ist die Rede, was für beide Seiten von Vorteil wäre. Venezuela bekommt sein eingefrorenes Vermögen teilweise wieder frei. Das Geld soll in medizinische Ausrüstung investiert werden, „die wir in den USA und anderen Ländern erwerben"[13].
Dass das Geld auf diesem Wege in die amerikanische Wirtschaft fließt und nicht weiter unter den Sanktionen brach liegt, ist auch für die USA von Vorteil. Das ist aber bisher der einzige erkennbare Nutzen, den Amerika aus der „Enthauptung" der alten venezolanischen Regierung ziehen kann. Der Rest der großen Ankündigungen war bis jetzt nur Wunschträume. Denn selbst die restlichen 200 Millionen Dollar aus den Ölverkäufen haben die USA inzwischen sogar an Venezuela weiter gereicht. Man kann auf der finanziellen Ebene fürs Erste nur den Schluss ziehen: Außer Spesen nichts gewesen.

Begrenzte Möglichkeiten

Aber auch auf der übergeordneten politischen Ebene kann außer der Gefangennahme von Maduro und der Freilassung einiger politischer Gefangener kein Vorteil für die USA erkannt werden. Das ist zwar ein Propagandaerfolg gewesen, der bei so manchem Anhänger der MAGA--Bewegung das heroische Gefühl aufkommen lassen konnte, dass America great again ist. Aber darüber hinaus ist wenig zu verbuchen. Jedenfalls scheint Trump eine weitere Konfrontation mit der venezolanischen Übergangsregierung zu scheuen. Das setzt den Möglichkeiten Grenzen, die Kontrolle über das Land ausüben zu wollen, die er noch zu Anfang des Jahres angekündigt hatte.
Dazu kann er sich vielleicht weitere Luftschläge leisten, aber den Einsatz von Bodentruppen eher nicht, und ohne Drohung mit deren Einsatz dürfte es fraglich sein, ob er stärkeren Druck auf die Regierung in Caracas ausüben kann. Bisher jedenfalls hat die Trump-Regierung immer wieder Ausreden gefunden, weshalb weitere Angriffe auf Venezuela unnötig sind und erst recht der Einsatz von Bodentruppen. Das geschieht nicht nur zur Beruhigung der amerikanischen Bevölkerung. Vermutlich will man auch die Erkenntnis in der Öffentlichkeit vermeiden, dass einmal mehr einer von Trumps großartigen Plänen sich unter dem Druck der wirklichen Verhältnisse anders entwickelt als die Illusionen, die seine großsprecherischen Ankündigungen genährt hatten.
Auch Rodriguez will keine weiteren militärischen Übergriffe vonseiten der USA. Denn auch begrenzte Luftschläge bringen Tod und Verderben. Dennoch dürfte sie um die politische Schwäche der Amerikaner wissen angesichts der Kriegsmüdigkeit im Lande. Wenn auch Caracas zur Zusammenarbeit mit den USA auf wirtschaftlichem Gebiet bereit zu sein scheint, soweit es den eigenen Interessen dient, so werden weitergehende politische Forderungen hingegen entschlossen zurückgewiesen.
Der Widerstand gegen „Befehle aus Washington" bezieht sich auf dessen Forderung, die Beziehungen zu China, Russland und dem Iran abzubrechen, indem „Venezuela die Diplomaten aus diesen Ländern ausweist."[14] Damit aber würde sich Venezuela vollkommen in die Hände der USA geben. Das wird man sicherlich zu vermeiden suchen, so lange die Möglichkeiten dazu bestehen. Zwar hatten Russland und China den Überfall auf Venezuela nicht verhindern können, aber in dieser Angelegenheit dürfte das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

Rüdiger Rauls ist Reprofotograf und Buchautor. Er betreibt den Blog Politische Analyse

1. Tagesspiegel vom 27.1.2026 „Es reicht mit den Befehlen“: Maduros Nachfolgerin fordert Unabhängigkeit von Washington – und liefert dennoch Öl ↩
2. Web.de 28.1.2026 Rubio droht Venezuela offen mit Gewalt offen mit Gewalt ↩
3. FAZ 31.1.2026 Caracas an der kurzen Leine ↩
4. FAZ 16.1.2026 Trump lobt Venezuelas Führung ↩
5. FAZ 31.1.2026 Caracas an der kurzen Leine ↩
6. Reuters 28.1.2026 Rubio verweist auf die Fortschritte Venezuelas und erklärt, die USA planten keinen weiteren Einsatz von Gewalt. ↩
7. Global Times vom 24.1.2026 Weißes Haus erwägt mögliche vollständige Ölblockade gegen Kuba ↩
8. Rüdiger Rauls: Trumps Pläne und Venezuelas Öl ↩
9. FAZ 31.1.2026 Venezuela öffnet Ölsektor ↩
10. FAZ 31.1.2026 Venezuela öffnet Ölsektor ↩
11. Reuters 20.1.2026 Venezuela hat 300 Millionen Dollar aus Ölverkäufen erhalten, sagt der amtierende Präsident ↩
12. Die Zeit 28.1.2026 USA wollen laut Venezuelas Übergangspräsidentin Vermögen freigeben ↩
13. Die Zeit 28.1.2026 USA wollen laut Venezuelas Übergangspräsidentin Vermögen freigeben ↩
14. Die Zeit 28.1.2026 USA wollen laut Venezuelas Übergangspräsidentin Vermögen freigeben ↩